

nachrichten

Toni Brunner soll vor den Kadi

BERN. Der Nationalrat bleibt dabei: SVP-Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner (SG) soll seine Immunität verlieren. Brunner soll beim Abgang von Bundesanwalt Valentin Roschacher dem Generalsekretär des damaligen Justizministers Christoph Blocher ein vertrauliches Dokument der Geschäftsprüfungskommission vorgelegt oder ausgehändigt haben. Das Geschäft geht nun an den Ständerat, der sich gegen die Aufhebung ausgesprochen hatte. Der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Mörgele dagegen behält seine Immunität. Mörgele hatte den Medien das Tonprotokoll der Kommissionssitzung vorgeführt, an der sich Bundesrat Pascal Couchepin den Versprecher «Mörgele» statt «Mengele» geleistet hatte. Couchepin habe ihn mit Absicht in Zusammenhang mit dem KZ-Arzt Josef Mengele gebracht. SDA

Vaduz und Bern schliessen sich kurz

BERN. Nach der Lockerung des Bankgeheimnisses haben sich die Schweiz und Liechtenstein über die nächsten Schritte abgesprochen. Die Aussenministerin des Fürstentums, Rita Kieber-Beck, kam am Dienstag zu einem Arbeitsbesuch nach Bern. Beide Länder hatten sich vergangene Woche bereit erklärt, bei Verdacht auf Steuerflucht mehr Informationen über Bankkunden preiszugeben. SDA



Aargau reagiert im Fall Lucie

AARAU. Das Aargauer Kantonsparlament will aus dem Tod der 16-jährigen Lucie Trezzini Lehren ziehen. Straftäter auf Bewährung sollen wieder, wie vor der Revision des Strafgesetzbuches 2007, sofort in den Vollzugsbehörden in Sicherheitshaft genommen werden, wenn sie eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen. Ob die Haft gerechtfertigt ist, soll ein Gericht anschliessend entscheiden. Der 25-jährige D.H., der Lucie umgebracht hat, befand sich seit August auf Bewährung und hätte einen Tag vor der Bluttat einen stationären Drogenentzug antreten sollen. AP

Parlament will Streubomben stoppen

BERN. Die Schweiz soll das Übereinkommen zum Verbot von Streumunition unverzüglich ratifizieren und umsetzen. Gegen armeerfreundlichen Widerstand hat der Nationalrat am Dienstag zwei Motionen überwiesen, mit denen der Ständerat dies verlangt. Rund 100 Staaten haben Anfang Dezember 2008 in Oslo das Dubliner Übereinkommen unterzeichnet, das Streumunition weitgehend verbietet. SDA

Vertrauensperson im Strafverfahren

BERN. National- und Ständerat haben sich darauf geeinigt, dass Jugendliche im Strafverfahren eine Vertrauensperson als moralische Stütze beiziehen können. Das hat die Einigungskonferenz der beiden Räte entschieden. Nach Meinung von Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf können Vertrauenspersonen mithelfen, die Jugendlichen auf den rechten Weg zurückzuführen. AP

Fichenfall sorgt für Kehrtwende

Bundesrat will neu ein grundsätzliches Auskunftsrecht – auch beim Staatsschutz



«Ein vertrauensbildender Schritt! Der Staatsschutz wird sich genauer überlegen, ob er über Bürger Dateien anlegen will.»

Ständerat Claude Janiak (SP, BL)



«Der Basler Grosse Rat sollte nun warten, bis die Motion überwiesen ist, bevor er die Mittel für den Staatsschutz erhöht.»

Ständerätin Anita Fetz (SP, BS)



«Ich freue mich über die Kehrtwende des Bundesrats. Es ist eine sachgerechte Lösung, die sich geradezu aufdrängt.»

Nationalrätin Susanne Leutenegger (SP, BL)



«Der Basler Fichenfall hat grundsätzliche Fragen aufgeworfen. Mit dem Entscheid wird nun zumindest ein Element gelöst.»

Nationalrat Peter Malama (FDP, BS)

RUEDI STUDER, Bern

Der Bundesrat befürwortet eine Motion von Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, BL). Sie fordert ein grundsätzliches Auskunftsrecht bei allen Datensammlungen des Bundes.

Bei SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer herrscht Freude: Der Bundesrat hat sich an seiner letzten Sitzung für ihre Motion ausgesprochen. Konkret: Die Landesregierung stellt sich hinter die Forderung der Baselbieterin, dass für sämtliche Datensammlungen des Bundes – also auch für Staatsschutz-Fichen – ein grundsätzliches Auskunftsrecht für die betroffenen Personen gelten soll.

Nur bei «überwiegenden privaten oder öffentlichen Interessen» soll die Auskunft verweigert werden, schreibt der Bundesrat. «Angesichts der grossen Bedeutung des Auskunftsrechts für den Datenschutz muss eine Einschränkung in jedem Fall auf das zeitlich und sachlich unbedingt Notwendige beschränkt werden.» Eine klare Neuausrichtung, insbesondere im Staatsschutzbereich: Dort gilt derzeit ein indirektes Einsichtsrecht, welches aber nur in Ausnahmefällen auch gewährt wird.

Die Kehrtwende hat vor allem Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf herbeigeführt, welche sich für die neue Lösung starkmachte. Doch auch der personelle Wechsel im Verteidigungsministerium wirkt sich aus: SVP-Bundesrat Ueli Maurer zählt zu den Befür-

wörtern. Das Geschäft wurde letzten Freitag diskussionslos verabschiedet.

Ein erster konkreter Erfolg auf Bundesebene im Nachgang zur Basler Fichenaffäre also. Und ein Erfolg für die Parlamentarier aus der Region, welche in Sachen Staatsschutz den Druck aufrechterhielten:

> Ständerat Claude Janiak (SP, BL) warf letzten Sommer sein politisches Gewicht als Vizepräsident der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel), welche die Oberaufsicht über den Staatsschutz innehat, in die Waagschale. Das indirekte Auskunftsrecht sei «eine blosse Farce», sagte der heutige GPDel-Präsident im BaZ-Interview und forderte ein direktes Einsichtsrecht.

> Ständerätin Anita Fetz (SP, BS) lockte den Bundesrat im September mit einer Motion aus der Reserve. Die Regierung räumte ein, dass in Sachen Auskunft «möglicherweise» Revisionsbedarf bestehe, lehnte die verschiedene Themen umfassende Motion aber ab.

> Im Nationalrat doppelte Peter Malama (FDP, BS) im Oktober mit einer ähnlichen Motion nach. Auch hier blieb der Bundesrat noch vage und lehnte den Vorstoss ab.

> Im Dezember reichte Leutenegger Oberholzer ihre Motion ein und konzentrierte sich dabei einzig und allein auf das Thema Auskunftsrecht. Mit dieser «Monothematik» schaffte sie den Durchbruch beim Bundesrat.

Die Freude über den Erfolg teilen nun auch ihre Mitstreiter: «Ich begrüsse die Absicht des Bundesrats», erklärte ein strahlender Malama. Mit dem Bundesrat im Rücken werde es nun «eine echte, inhaltliche Debatte über die Bürgerrechte» geben, betonte Fetz. «Wunderbar», meinte Janiak, der sich über den Bundesratsentscheid doch ein wenig überrascht zeigte.

Nicht nur dem Einsatz der Parlamentarier sei der Durchbruch zu verdanken, fügte Janiak hinzu, eine wichtige Rolle schreibt er auch dem eidgenössischen Datenschutzbeauftragten Hanspeter Thür zu. Dieser hatte sich stets für ein direktes Auskunftsrecht ausgesprochen und im Nachgang zur Basler Fichenaffäre bei mehreren Fällen das für Ausnahmefälle vorgesehene Auskunftsrecht gewährt. Diese zeigten die zum Teil recht fragwürdige Vorgehensweise der Staatsschützer auf.

DATENSCHÜTZER ZUFRIEDEN. «Es ist ein sehr positiver Schritt», sagt der Datenschützer zum bundesrätlichen Einlenken. Mit der heutigen Praxis sei es nämlich unmöglich, die Berechtigung und Richtigkeit von Einträgen zu überprüfen, weil mit den Betroffenen nicht darüber gesprochen werden dürfe.

Vor einem Jahr noch biss Thür mit seinen Argumenten beim Bundesrat und der Parlamentsmehrheit auf Granit. Der Meinungsumschwung habe nun bei beiden – er verweist dabei auch

auf die Rückweisung der Staatsschutzgesetz-Revision (BWIS II) durch das Parlament – doch «sehr schnell» stattgefunden: «Daraus schliesse ich, dass der Basler Fichenfall eine gewisse Einsicht gefördert hat.»

FREIHEITSGEDANKE. Die Motion kommt nun ins Parlament. Leutenegger Oberholzer hofft nun auf Verbündete im bürgerlichen Lager. Die Zeichen stehen gut, insbesondere bei der SVP: «Für uns ist der Freiheitsgedanke wichtig. Der Staat ist für den Bürger da und nicht umgekehrt», sagt der Schwyzer SVP-Nationalrat und Auns-Präsident Pirmin Schwander, der die Motion deshalb unterstützen will. Und bei der FDP wird Malama für weitere Unterstützer besorgt sein. Im Nationalrat hat die Motion jedenfalls gute Chancen, enger könnte es hingegen im Ständerat werden.

Doch auch wenn die Sache gut über die Bühne geht, ist der Anti-Fichen-Kampf der Basler und Baselbieter Parlamentarier noch nicht zu Ende. Sie fordern weitergehende Massnahmen, etwa durch einen Ausbau der parlamentarischen Kontrolle oder ein jährliches Reporting über den Staatsschutz. Mit dem Auskunftsrecht gebe es erst in einem Bereich eine Lösung, sagt beispielsweise Malama: «Noch nicht geklärt hingegen ist das Fichieren an sich und das Handling der Daten. Deshalb halte ich an meinem Vorstoss weiterhin fest.»

Die grüne Stimme aus dem Baselland

Nationalrätin Maya Graf (47) wird Fraktionschefin in Bern

BARBARA STÄBLER, Bern

Seit acht Jahren politisiert die Baselbieter Nationalrätin Maya Graf für die Grünen in Bundesbern. Gestern wurde sie zur neuen Chef der Bundeshausfraktion gewählt.

Ab dem 1. Mai sprechen die Grünen in Bundesbern mit einer neuen Stimme: Die Fraktion hat gestern die Baselbieterin Maya Graf einstimmig zu ihrer neuen Chef gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Therese Frösch (BE) an, welche die Fraktion knapp vier Jahre lang geleitet hat. Neben den 22 grünen Parlamentarierinnen und Parlamentariern gehören der Fraktion auch der PdA-Mann Josef Zisyadis (VD) und die Fribourgerin Marie-Thérèse Weber-Gobet von der CSP an.

Graf ist seit 2001 die «grüne Stimme» aus dem Baselland in Bundesbern. 2005, als das Parlament über die Volksinitiative über ein Gentech-Moratorium stritt, profilierte sich Graf als Politikerin auf nationaler Ebene. Ihre Mitarbeit in der vorbereitenden Kommission für Wissenschaft, Bil-

dung und Kultur brachte ihr eine der Hauptrollen im Film «Mais im Bundeshaus» des Schweizer Fernsehens ein – zusammen mit dem Basler Ex-Nationalrat Johannes Randegger (FDP), ihrem politischen Gegenspieler.

ENGAGEMENT. In Bern engagiert sich die Biobäuerin zudem für Tierschutz und Ökologie. Ausserdem ist sie Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, wo sich die diplomierte Sozialarbeiterin für die Gleichstellung für Menschen mit Behinderung und gegen das Sparen bei der IV eingesetzt hatte.

Über ihr neues Amt als Fraktionschefin freut sich die 47-Jährige. «Ich möchte meine Erfahrungen einbringen und meine Kontakte zum Vorteil unserer Partei nutzen», sagt Graf zur BaZ. Sie sieht sich in erster Linie als Teamleiterin. «Meine Aufgabe wird sein, die Fraktion so zu coachen.» Gegen aussen wolle sie der Fraktion ein Gesicht geben und «dafür sorgen, dass die Grünen an Einfluss gewinnen».



Die Chef. Maya Graf ist das neue Gesicht der Bundeshausfraktion der Grünen. Foto Key

Botschafter beruhigt

Indianer-Vergleich

BERN. Der Ärger über den Indianer-Vergleich des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück in der Bankgeheimnis-Kontroverse hat in Bern auch am Dienstag angehalten. Der deutsche Botschafter wurde zum zweiten Mal innert fünf Monaten ins EDA zitiert. EDA-Staatssekretär Michael Ambühl bezeichnete bei dem Gespräch mit Botschafter Axel Berg die jüngsten Äusserungen Steinbrücks als «inakzeptabel und aggressiv», wie ein Sprecher sagte. Solche Aussagen seien zwischen freundschaftlich verbundenen Nachbarn «beleidigend und vollkommen unhaltbar». Das Gespräch dauerte 45 Minuten. Berg sprach danach von einem «sehr offenen Gespräch». Er habe betont, dass nicht nur Deutschland diese Position vertrete, sondern auch andere Staaten. Er verstehe, dass sich Schweizerinnen und Schweizer betroffen fühlten. AP